

Fragen für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 21. Juni 1972

am Donnerstag, dem 22. Juni 1972

am Freitag, dem 23. Juni 1972

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	18
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	19
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 21*)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen . .	4, 22*)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	7, 23*)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8, 23*)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	10, 24*)
Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	11, 25*)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungs- wesen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammen- arbeit	2

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Abgeordneter
Dr. Rinsche Wie oft, wann und durch wen hat diese Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt die in der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe vom 24./25. Februar 1965 festgelegten Konsultationen auf bilateraler Ebene wahrgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

2. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen Ich frage die Bundesregierung, ob ihr Maßnahmen der Länder und Gemeinden bekannt sind, die der Binnenschifffahrt ermöglichen, die bei ihr anfallenden Abfälle entsprechend § 2 des Abfallbeseitigungsgesetzes umweltgerecht abzulagern?
3. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, Beispiele, wie sie die Stadt Mainz mit der Bereitstellung eines sogenannten Müll-Containers im Hafengebiet gegeben hat, allgemein anzuregen und zu unterstützen?
4. Abgeordneter
Freiherr von Fircks Wann ist mit dem Bericht der Bundesregierung über die von ihr in den Rechnungsjahren 1970 und 1971 gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) getroffenen Maßnahmen zu rechnen, der nach dem Gesetz jährlich zu erstatten ist?
5. Abgeordneter
Hösl Trifft die Meldung der Zeitung „Die Welt“ vom 13. Juni 1972 zu, die „Berliner Festspiele GmbH“ habe aus politischen Gründen den dänischen Film „Lenin takes a train“ nicht in den Wettbewerb der diesjährigen „Berliner Filmfestspiele“ aufgenommen, obwohl sie ihm künstlerische Qualität bescheinigte, und wie beurteilt — bejahendenfalls — die Bundesregierung diese aus Rücksicht auf die UdSSR vorgenommene Beeinträchtigung der künstlerischen Freiheit im Hinblick auf die durch Artikel 5 des Grundgesetzes, der auch im Land Berlin gilt, gewährleistete Freiheit der Kunst?
6. Abgeordneter
Dr. Gruhl Wie beurteilt die Bundesregierung in der Presse erörterte holländische Pläne zur Errichtung einer Müll-Insel in der Nordsee in fachlicher und rechtlicher Sicht, insbesondere im Hinblick auf die Oslo-Konvention über die Verhütung der Verunreinigung der See durch Abfälle?

7. Abgeordneter
Dr. Gruhl Wann gedenkt die Bundesregierung, dem Parlament den Entwurf des Vertragsgesetzes zu dieser Oslo-Konvention vorzulegen?
8. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München) Trifft es zu, daß durch ein Rundschreiben des IOC in Lausanne den Teilnehmern der Spiele der XX. Olympiade München 1972 in München im Gegensatz zur bisherigen Übung das Tragen von Sportkleidung mit bestimmten Markenzeichen deutscher Sportartikelfirmen verboten wurde, und ist diese Entscheidung nicht zuletzt durch entsprechende Anregungen von deutscher Seite auf dem IOC-Kongreß in Sapporo und der Sitzung des IOC-Exekutiv-Komitees in Lausanne vom 27. bis 31. März 1972 herbeigeführt worden?
9. Abgeordneter
Röhner Wie beurteilt die Bundesregierung die Folgen dieser Entscheidung für die deutsche Sportartikelindustrie, und wie wird sich diese Entscheidung auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Sportartikelhersteller auf dem internationalen Markt auswirken?
10. Abgeordneter
Ott Inwieweit entsprechen Nachrichten der Richtigkeit, wonach Mitglieder der Bundesregierung bzw. Staatssekretäre nach ihrem Ausscheiden von der Bundesregierung oder einer ihr verantwortlichen Institution Werkverträge erhalten haben?
11. Abgeordneter
Ott Um welche ehemaligen Mitglieder der Bundesregierung handelt es sich, gegebenenfalls wie lange laufen diese Verträge, und wie hoch sind die jeweiligen Vergütungen für welche Art von Leistungen?
12. Abgeordneter
Picard Sind der Bundesregierung in den deutschen Verlagen erschienene Taschenbücher bekannt, die als „Leitfäden für Bombenleger und Untergrundkämpfer“ bezeichnet werden könnten?
13. Abgeordneter
Picard Welche Bedeutung z. B. mißt die Bundesregierung dem im Rowohlt-Verlag erschienenen Taschenbuch von Carlos Marighera „Handbuch des Stadtguerillo“ bei?
14. Abgeordneter
Dr. Hauser
(Sasbach) In welcher wirksamer, möglichst unbürokratischer Weise wird die Bundesregierung den Gemeinden helfen, die ob ihrer unmittelbaren Nähe von militärischen Flugplätzen seit Jahren laut amtlich durchgeführten Schallmessungen überhöhte Lärmbelastigungen erdulden müssen und allein deshalb zu besonderen Schallschutzmaßnahmen in ihren öffentlichen Gebäuden wie Schulen und damit zu ganz außerordentlichen Mehrkosten gezwungen sind?

15. Abgeordneter
Härzschel Trifft die Meldung der „Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Lagerdienst“ zu, daß die Unterbringung der Aussiedlerfamilien in den Übergangsheimen und sonstigen Durchgangsunterkünften der einzelnen Länder unzureichend und die Wohnfrage für Aussiedler völlig unzulänglich gelöst sei?
16. Abgeordneter
Werner Teilt die Bundesregierung die vom Bundesinnenminister Genscher in der Welt vom 1. Juni 1972 erklärte Meinung, daß er kein Verständnis für die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den hannoverschen Politologieprofessor Jürgen Seifert habe, und daß die Äußerung von Seifert eine beispiellose Diffamierung des demokratischen Rechtsstaats sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

17. Abgeordneter
Löffler Teilt die Bundesregierung die Auffassung eines Fachmannes, daß der materielle Schaden, der durch die verschiedenen Formen der Wirtschaftskriminalität entsteht, jährlich auf 10 bis 15 Milliarden DM zu veranschlagen ist?
18. Abgeordneter
Löffler Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, den mit der Verfolgung von wirtschaftlichen Straftaten beauftragten Behörden personell und rechtlich bessere Voraussetzungen für ihre Arbeit zu verschaffen?
19. Abgeordneter
Dr. Schmude Beabsichtigt die Bundesregierung, nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 11. April 1972 - 2 BvR 75/71 - zum Recht auf Verweigerung der Eidesleistung eine Gesetzgebungsinitiative zu ergreifen?
20. Abgeordneter
Dr. Schmude Hält die Bundesregierung die Wahrheitsversicherung in der Form des Eides weiterhin für erforderlich für die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen

21. Abgeordneter
Kiechle Teilt die Bundesregierung die Auffassung der deutschen Strickstrumpfindustrie, daß die Dumpingpreise bei Importen aus den Staateshandelsländern die Existenz dieses Industriezweiges und damit die Arbeitsplätze akut und nachhaltig gefährden?
22. Abgeordneter
Kiechle Ist die Bundesregierung bereit, diese Entwicklung durch Schutzmaßnahmen an der Grenze zu verhindern oder gegebenenfalls andere Hilfsmaßnahmen einzuleiten und welche?

23. Abgeordneter
Dr. Böhme
- Was hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen veranlaßt, dem Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz den Forschungsauftrag „Der Markt für Stellenvermittlung“ zu erteilen?
24. Abgeordneter
Dr. Böhme
- Aus welchen Gründen ist eine Unterrichtung der betroffenen Bundesanstalt für Arbeit über die Vergabe dieses Forschungsauftrags unterblieben?
25. Abgeordneter
**Müller
(Mülheim)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nach dem Gesetz über das Branntweinmonopol vorgeschriebene Vergällung des Alkohols für Laborzwecke geeignet ist, Umweltgefahren sowohl für die in Laboren beschäftigten Laboranten und Ärzte als auch für die weitere Umwelt herbeizuführen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, Überlegungen anzustellen, wie der steuerliche Zweck der Ungenießbarmachung des Alkohols durch andere, umweltfreundlichere Maßnahmen erreicht werden kann?
26. Abgeordneter
Röhner
- In welcher Form und zu welchem Termin beabsichtigt die Bundesregierung eine Harmonisierung der Kfz-Steuerbegünstigung für Kriegsbeschädigte und Zivilbeschädigte?
27. Abgeordneter
Storm
- Wie lange ist im Durchschnitt die Bearbeitungsdauer der Anträge auf Lohnsteuer- bzw. Einkommensteuerjahresausgleich, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die zum Teil mehrmonatigen Bearbeitungszeiten abzukürzen, um den Antragsteller frühzeitig in den Genuß des Erstattungsbetrags zu bringen?
28. Abgeordneter
**Freiherr
Ostman
von der Leye**
- Wann ist mit der Verabschiedung der Novelle zum Mehrwertsteuergesetz zu rechnen, durch die Seenotrettungskreuzer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger mit den Seeschiffen der gewerblichen Schifffahrt gleichgestellt werden sollen?
29. Abgeordneter
Struve
- Ist die Bundesregierung bereit, nachdem sie im Einvernehmen mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vereinbart hat, dem Steinkohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen die Lastenausgleichsabgabe zeitweilig zu erlassen, dem vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf (Drucksache VI/3059) über die Befreiung der Landwirtschaft vom Lastenausgleich zuzustimmen oder wenigstens eine Regelung herbeizuführen, die der für den Steinkohlenbergbau entspricht?

30. Abgeordneter
Dr. Ritz Hält die Bundesregierung es für sachgerecht, wenn sie entgegen einem einstimmigen Beschluß des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Deutschen Bundestag, die Vorsteuerpauschale wegen der stark gestiegenen Betriebsmittelkosten in der Landwirtschaft um 1% anzuheben, nunmehr beschließt, diese Erhöhung der Vorsteuerpauschale auf 0,5% zu reduzieren?
31. Abgeordneter
Dr. Jobst Wann gedenkt die Bundesregierung ihrer Verpflichtung nachzukommen, den bisher nicht übernommenen Fehlbetrag der Deutschen Bundesbahn aus den Jahren 1969 bis 1971 zu übernehmen, der am 31. Dezember 1971 2,4 Milliarden DM betrug und Ende 1973 etwa 3,2 Milliarden DM betragen wird, da die für 1972 vorgesehene Liquiditätshilfe nicht ausreicht, den Fehlbetrag des Jahres 1972 abzudecken?
32. Abgeordneter
Dr. Jobst Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn bei Nichtübernahme des Fehlbetrags von 2,4 Milliarden DM durch den Bund im Jahre 1972 etwa 200 Millionen DM an Zinsen selbst aufbringen muß?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

33. Abgeordneter
Höcherl In welchen Positionen des Einzelplans 10 sollen die 100 Millionen DM Kürzungen ausgebracht werden?
34. Abgeordneter
Höcherl Welche Gründe waren für die Kürzungen gerade in diesen Haushaltspositionen maßgebend?
35. Abgeordneter
Geldner Welche Stellung nimmt die Bundesregierung zu der Ankündigung des Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Fleischwarenindustrie ein, wonach Fleischwaren in diesem Jahr 12 bis 15% teurer werden müßten wegen geänderter Zoll- und veterinärmedizinischer Vorschriften, und um welche Vorschriften handelt es sich dabei im einzelnen?
36. Abgeordneter
Geldner Trifft die Behauptung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher zu, wonach in der EWG auf Kosten des Steuerzahlers bisher 2,5 Milliarden kg Birnen, Äpfel, Pfirsiche und Orangen und mehr als 100 Millionen kg Gemüse mit Kosten von fast 1 Milliarde DM vernichtet worden sind, und was gedenkt die Bundesregierung gegen solche kostspielige Vernichtungsaktionen zu unternehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

37. Abgeordneter
Varelmann Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Bundesversicherungsamt weiterhin hartnäckig bei den Landesversicherungsanstalten darauf drängt, die Dritte Bemessungsverordnung zu beachten — dies würde z. B. bei der LVA Oldenburg-Bremen zu einer Haushaltskürzung von 4 Millionen DM führen —, wodurch die Streichung bzw. Kürzung der Beihilfe für Zahnersatz ausgelöst wird, und ist diese soziale Schlechterstellung im Zeitpunkt der Hochkonjunktur und höherer Beitragseinnahmen in der Rentenversicherung vertretbar?
38. Abgeordneter
Varelmann Ist die Bundesregierung bereit, die veränderte Finanzlage der Rentenversicherung durch die Dritte Bemessungsverordnung vom 26. Oktober 1971 so zu ändern, daß die Landesversicherungsanstalten ihren Aufgaben gerecht werden können und nicht zum Abbau ihrer Leistungen gezwungen werden?
39. Abgeordnete
Frau Eilers Hält die Bundesregierung eine tarifvertragliche Regelung, so wie sie beispielsweise für den Deutschlandfunk gilt, wonach das Arbeitsverhältnis der weiblichen Arbeitnehmer bei vollendetem 60. und das der männlichen Arbeitnehmer bei vollendetem 65. Lebensjahr endet, mit dem in der Verfassung verankerten Gleichberechtigungsprinzip für vereinbar?
40. Abgeordnete
Frau Eilers Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Ungleichbehandlung zu beseitigen, und zwar insbesondere unter dem Gesichtspunkt der von ihr verfolgten Politik, die Altersgrenze in der sozialen Rentenversicherung flexibler zu gestalten?
41. Abgeordneter
Wawrzik Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß beim Ausscheiden eines Mitglieds aus einem Organ der Selbstverwaltung der Krankenversicherung der freigewordene Platz aus dem Bereich der Stellvertreter besetzt werden muß, oder ist es möglich, daß ein Nachfolger bestimmt werden kann, der zu den Selbstverwaltungswahlen nicht kandidiert hat?
42. Abgeordneter
Seefeld Wie beurteilt die Bundesregierung die lt. Presseberichten vom italienischen Minister für Arbeit und Sozialwesen auf der Tagung der Sozialminister der EWG-Staaten geäußerten Kritik über die „Diskriminierung“ italienischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere wegen der obligatorischen ärztlichen Untersuchung vor der Einreise, der Nichtanerkennung von Berufsdiplomen, einzureichender Gewerkschaftsrechte und Lücken in der sozialen Sicherung?

43. Abgeordneter
Härzschel Wieviel tödliche Unfälle gab es im vergangenen Jahr im häuslichen Bereich, und was hat die Bundesregierung zur Erforschung der Ursachen und zur Verhütung getan?
44. Abgeordneter
Dr. Früh Ist der Bundesregierung bekannt, daß Ausbildungsbeihilfen für Landwirte, die einen anerkannten Beruf, vorab den Meister anstreben, nur zögernd oder gar nicht gewährt werden, obwohl solche Hilfen in Höhe zwischen 240 bis 522 DM in der Broschüre „Das System der sozialen Sicherheit für die deutsche Landwirtschaft“ von der Bundesregierung zugesichert werden?
45. Abgeordneter
Dr. Früh Ist die Begründung verschiedener Arbeitsämter zulässig, daß eine Ausbildungsbeihilfe deshalb nicht gewährt werden könnte, weil nach dem erreichten Ausbildungsziel eine selbständige Betriebsleiterexistenz anzunehmen sei?
46. Abgeordneter
Susset Trifft es zu, daß Arbeitsämter umschulungswilligen Landwirten größere Schwierigkeiten in der finanziellen Förderung bereiten, wenn diese Landwirte nicht in die Berufe umschulen wollen, die in dem betreffenden Arbeitsamtsbezirk gefragt sind?
47. Abgeordneter
Susset Hält die Bundesregierung diese Handhabung für gerechtfertigt, und ist sie der Ansicht, daß auf diesem Wege die immer wieder geforderte Strukturverbesserung in der Landwirtschaft vorangebracht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

48. Abgeordneter
Dr. Oetting Trifft es zu, daß die Bundesregierung Lastkraftwagen der Bundeswehr, die ihre Kilometerleistung bis zur Grundüberholung noch nicht erreicht haben, verschrotten und dafür neue Lastwagen einkaufen will, wenn die Grundüberholung nach Aussagen der einschlägigen Industrie den Lastkraftwagen wieder neuwertig macht und billiger ist als die Neanschaffung?
49. Abgeordneter
Cantzler Welche Gründe hindern die Bundesregierung, die Sanitätsoffiziere der Bundeswehr (vor allem Stabsarzt, Oberstabsarzt) dienstgradmäßig ihrer Besoldungsgruppe entsprechend (Stabsarzt = Major, Oberstabsarzt = Oberstleutnant) einzustufen, obgleich bekannt ist, daß der Fehlbestand an Sanitätsoffizieren zum Teil auf diese unsachgemäße Einstufung zurückzuführen ist, und obgleich weiter bekannt

- ist, daß bei den Ärzten des Bundesgrenzschutzes mit Erfolg eine solche Regelung — Dienstgrad = Besoldungsgruppe — geschaffen worden ist?
50. Abgeordneter
Möhring Trifft es zu, daß die „Arbeitsgemeinschaft der Reservisten-, Soldaten- und Traditionsverbände in Bayern (ARST)“ (ein Zusammenschluß, der zur Münchner Stadtratswahl in einem Flugblatt mit der Überschrift „Wehrpolitiker ins Münchner Rathaus / Soldaten als Stadträte / Gelingt die Solidarisierung aller Kameraden?“ ausschließlich für Liste und Kandidaten der CSU warb) bei der Eröffnung des bayerischen Armeemuseums in Ingolstadt vom Verteidigungskreiskommando (VKK) 652 durch militärische Organisationshilfen unterstützt wurde?
51. Abgeordneter
Möhring Wie hoch ist gegebenenfalls die Summe der Steuergelder, die sich aus Geld- und Sachaufwand des VKK 652 an die für die CSU werbende ARST errechnen läßt?
52. Abgeordneter
Pawelczyk Ist die Bundesregierung bereit, bis zur Fertigstellung von Landunterkünften für Angehörige der Bundesmarine auf die Unterkunftspauschale für Bordunterkünfte zu verzichten, um einen gewissen Ausgleich für wesentlich ungünstigere Wohnbedingungen zu schaffen?
53. Abgeordneter
Haase
(Kellinghusen) Wie beurteilt die Bundesregierung den Aufsatz von Helmut Schelsky in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 10. Dezember 1971 „Die Strategie der Systemüberwindung“, der mit dem in der Verantwortung der Redaktion stehenden Zwischentitel „Der lange Marsch durch die Institutionen“ in der „Information für die Truppe“, Heft 3/1972, veröffentlicht wurde, und sieht die Bundesregierung diesen Aufsatz als sachliches Material für die staatsbürgerliche Bildung der Soldaten der Bundeswehr, insbesondere der Wehrpflichtigen?
54. Abgeordneter
Haase
(Kellinghusen) Stimmt die Bundesregierung der Behauptung von Schelsky zu, daß die strategische Einheit „linker Radikalismus“ von der Deutschen Kommunistischen Partei und ihrer universitären Unterorganisation „Spartakus“ über die verschiedensten anarchistischen Gruppen bis hin zur Führung der Jungsozialisten („Jusos“) und gewichtigen Teilen der Jungdemokraten („Judos“) reicht und daß „diese Strategen legal handeln, wenn auch ihre Legalität der Hitlers vor der Machtergreifung entspricht“, und sieht nicht die Bundesregierung die Gefahr, daß ein Abgleiten weiterer Teile der jungen Generation in Richtung auf den Anarchismus durch derartige diffamierende Pauschalierungen in einem politischen Informationsorgan des Führungsstabs mit Nachdruck gefördert wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

55. Abgeordneter
Müller
(Berlin) Auf welche Weise will die Bundesregierung der berechtigten Klage der deutschen Familienorganisationen im Land Berlin Rechnung tragen, wonach „die Leistungen des Familienlastenausgleichs“ seit 1964 im wesentlichen unverändert geblieben, während die Lebenshaltungskosten jedoch ständig gestiegen sind, so daß „die Kaufkraft des Kindergeldes — gemessen am Lebenshaltungsindex aller privaten Haushalte — sich in der Zeit von 1964 bis Ende 1971 um rd. 27 Prozent verringert hat“?
56. Abgeordneter
Müller
(Berlin) Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß die harte Benachteiligung insbesondere der Mehr-Kinder-Familien bis zu einer noch nicht absehbaren Neuregelung des Familienlastenausgleichs bestehen bleibt oder sogar noch härter wird?
57. Abgeordneter
Dr. Arnold Werden für Kliniken, die eine gezielte und wissenschaftlich untermauerte Nachbehandlung operabler und bestrahlbarer Krebspatienten durchführen, öffentliche Mittel bereitgestellt?
58. Abgeordneter
Dr. Arnold Welche Möglichkeiten der Unterstützung derartiger Kliniken in der Zukunft sieht die Bundesregierung angesichts der unzureichenden Nachbehandlung von Krebskranken?
59. Abgeordneter
Kater Kann die Bundesregierung die Zahl der Zahnärzte in der Bundesrepublik Deutschland angeben, die für eine kieferorthopädische Behandlung zugelassen bzw. ermächtigt sind?
60. Abgeordneter
Kater Ist die Bundesregierung in der Lage, Angaben über den Anteil der kieferorthopädischen Behandlungen in besonderen Zahnkliniken zu machen, hält sie diesen Anteil für ausreichend, und welche Initiativen sind nach ihrer Auffassung angebracht und möglich, um weitere derartige Institutionen zu installieren?
61. Abgeordneter
Dr. Fuchs Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in Zeitungen, Illustrierten und anderen Massenmedien offen oder verdeckt in Anzeigen für Drogen, Rauschmittel sowie Rausch- und Abhängigkeitszustände geworben wurde und wird?
62. Abgeordneter
Dr. Fuchs Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dagegen wirksame Schritte zu unternehmen?

63. Abgeordneter
Zebisch Wie ist der derzeitige Stand der Bemühungen der Bundesregierung, ein Europäisches Jugendwerk zu verwirklichen, nachdem Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 als erster Regierungschef die Realisierung eines derartigen Vorhabens gefordert hatte?
64. Abgeordneter
Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein Wie verträgt sich die Behauptung in der Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache VI/3469 „Die im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit getroffenen Personalmaßnahmen bildeten den Abschluß einer seit längerer Zeit . . . geplanten Umstrukturierung“ mit der Tatsache, daß sich der Leiter der Abteilung Humanmedizin veranlaßt sah, mangels vorheriger Unterrichtung über diese Maßnahme den Dienst zu quittieren?
65. Abgeordneter
Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein Hält es die Bundesregierung für eine zutreffende Beantwortung der in der Kleinen Anfrage Drucksache VI/3469 gestellten Frage nach „Umbesetzungen“, wenn sie die Übertragung des Grundsatzreferats in der Abteilung Familie des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit an den bisher nie im Bereich Familienpolitik tätig gewesenen, der SPD angehörenden Kabinettsreferenten verschweigt?
66. Abgeordneter
Dr. Hammans Aus welchem sachlichen Grunde war es geboten, den „Abschluß einer seit längerer Zeit geplanten . . . Umstrukturierung“ im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gerade in der Woche vom 24. bis 28. April 1972 vorzunehmen?
67. Abgeordneter
Dr. Hammans Ist der Personalrat des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit bei den übrigen Personalmaßnahmen, die zu dieser Umstrukturierung gehörten, weitergehend beteiligt worden, als bei den Maßnahmen in der Woche vom 24. bis 28. April 1972?

Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

68. Abgeordneter
Dr. Jenninger Hat die Bundesregierung die Absicht, zugunsten des vom Parlamentarischen Staatssekretär Haar in der Öffentlichkeit wiederholt als vorrangig bezeichneten Ausbaus der Bundesautobahnstrecke Würzburg—Lindau die Mittel bei anderen Bundesautobahnbauprojekten zu kürzen?

69. Abgeordneter
Dr. Jenninger Aus welchen Gründen besteht für den Ausbau dieser Strecke Vorrang, und welche Auswirkungen hat diese Vorrangigkeit auf die Fertigstellung anderer Bundesautobahnstrecken in diesem Raum, z. B. auf die Strecke Heilbronn—Würzburg?
70. Abgeordneter
Ollesch Ist der Bundesregierung bekannt, daß einige Kommunal- und Bundesbehörden das am 28. Februar 1972 verkündete Verkehrsfinanzgesetz 1971 einseitig dahin gehend auslegen, daß sie die in ihrem Auftrag fahrenden Privatunternehmer zwingen, auf ihren Anteil aus dieser ersten Maßnahme zur Sanierung des öffentlichen Personennahverkehrs zu verzichten, in dem sie den bisher geltenden Kostensatz um das Maß der Kostenentlastung durch Fortfall der Mineralölsteuer vermindern?
71. Abgeordneter
Ollesch Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch diese Forderungen in eigenmächtiger Weise den Absichten des Gesetzgebers zuwider gehandelt wird, und ist sie bereit, entsprechende Konsequenzen zu ziehen?
72. Abgeordneter
Dr. Kempfler Wird die Bundesregierung bei der Streichung von Haushaltsmitteln für Straßenbauvorhaben berücksichtigen, daß die verkehrs- und revierfernen Bezirke, namentlich soweit sie Zonenrand- oder Bundesausbaugebiete an der Grenze der EWG sind, einen erheblichen Nachholbedarf aufweisen, und wird sie dort von Kürzungen absehen?
73. Abgeordneter
Horstmeier Welches sind die derzeitigen grundsätzlichen Vorstellungen der Bundesregierung zu der Frage der Verlegung des Bundesbahnzentralamts nach München oder seines Verbleibs in Minden?
74. Abgeordneter
Horstmeier Stellt die Ausgliederung einzelner Abteilungen des Bundesbahnzentralamts nicht auch nach Meinung der Bundesregierung eine Präjudizierung der Verlegung nach München dar oder wirkt sich als Aushöhlung des Mindener Bundesbahnzentralamts aus?
75. Abgeordneter
Leicht Wie erklärt der Bundesverkehrsminister seine Aussage, daß trotz Kürzung von 100 Millionen DM beim Bundesautobahnbau (neben Kürzungen beim Bau von Bundes- und Gemeindestraßen in Höhe von 290 Millionen DM) in diesem Jahr kein Meter Autobahn weniger gebaut werden soll?
76. Abgeordneter
Leicht Ist der Bundesverkehrsminister bereit, die Maßnahmen und Kalkulationen, durch die er mit hunderten von Millionen DM weniger an Ausgabemitteln bei weiteren Inflationsraten trotzdem mehr Leistung erbringen kann, nicht seinen Ressortkollegen, und allen im deutschen Wirtschaftsprozess Tätigen, mitzuteilen?

77. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Krefeld) Durch welche Maßnahmen wird sichergestellt, daß von Toiletten in Eisenbahnwagen keine Gefahren für die Bevölkerung ausgehen, und wann ist damit zu rechnen, daß die zur Zeit üblichen Toiletten durch solche mit geschlossenem Toilettenkasten ersetzt werden, die verhindern, daß die Exkremente der Benutzer auf den Gleisen abgelagert werden und dadurch eine Gefährdung der Bevölkerung darstellen können?
78. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Krefeld) Geschieht die Reinigung und Spülung der Toiletten der Eisenbahnwagen mit Desinfektionsmitteln noch immer auf Abstellgleisen und nicht über besonderen Gruben, die durch nachfolgende Desinfektion zu reinigen wären?
79. Abgeordneter
Löher
(Dortmund) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es ratsam und nützlich wäre, nach den Untersuchungen im Flugsicherheitsdienst, die im Auftrage des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen von der Schlieker-Kommission durchgeführt wurden, nunmehr eine unabhängige Sachverständigenkommission zu berufen, die die Probleme der Managementlaufbahnen bei den Verkehrsverwaltungen Bahn und Post untersucht, um damit in diesen Bereichen eine ähnliche negative Entwicklung wie im Flugsicherungsbereich zu verhindern?
80. Abgeordneter
Lemrich In welchen Bundesländern wurde das Bundesfernstraßennetz durch Spikesreifen im Winter 1971/1972 am stärksten und in welchen Bundesländern am wenigsten beansprucht?
81. Abgeordneter
Lemrich Welche Mittel sind in den einzelnen Bundesländern erforderlich, um die Spikesschäden zu beseitigen?
82. Abgeordneter
Seefeld Teilt die Bundesregierung die weitverbreitete Auffassung, zahlreiche Kindersitze in Kraftfahrzeugen entsprächen nicht den heute zu fordernden Sicherheitsgrundsätzen, und ist sie bereit, dafür zu sorgen, daß nur solche Kindersitze verwendet werden dürfen, die auch wirklich sicher und ungefährlich sind?
83. Abgeordneter
Josten Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Sicherheit Sprechfunk für die Lokführer der Deutschen Bundesbahn einzuplanen und stufenweise zu verwirklichen?
84. Abgeordneter
Schmitt
(Lockweiler) Steht die Bundesregierung auch heute noch zu der Erklärung des Bundesverkehrsministers am 3. September 1969 bei dem ersten Spatenstich zur Saarbegradigung in Saarbrücken: „Damit ist der Streit um das „Ob“ zu Ende. Als erstes Teilstück wird gebaut die Kanalisierung der Saar von Saarbrücken bis Dillingen und

sie wird jetzt hier in Angriff genommen. Wir fangen also damit an und verlieren keine Zeit und können dabei trotzdem noch prüfen, wie dieses Teilstück, das in jedem Falle nötig ist, nachher vollendet wird. Es geht also künftig nicht mehr um die Frage „ob ein Wasserstraßenanschluß gebaut wird“, sondern allein um die Frage, „wie vollendet wird, was heute hier begonnen wird“?

85. Abgeordneter
Schmitt
(Lockweiler) Wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, Meldungen zu dementieren, wonach Vertreter der Bundesregierung sich dahin geäußert haben sollen, daß der Wasserstraßenanschluß u. a. im Hinblick auf die Haushaltsmisere nicht mehr durchgeführt werden soll, und ist sie weiterhin bereit, für den Wasserstraßenanschluß entsprechende Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung vorzusehen?
86. Abgeordneter
Dr. Gleissner Welche Konsequenzen ergeben sich aus den wiederholten Berichten und Untersuchungen des In- und Auslands über die wachsenden Schäden durch Spikesreifen, insbesondere auch auf Grund einer detaillierten Untersuchung des bayerischen Innenministeriums, wonach allein in Bayern während des Winters 1971/1972 auf 1 100 km Bundesstraßen und 120 km Bundesautobahnen Fahrbahnschäden in Höhe von 110 Millionen DM verursacht wurden?
87. Abgeordnete
Frau Funcke Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß die Deutsche Bundespost im Jahre 1973 anlässlich des 125. Geburtstags von Helene Lange und des 100. Geburtstags von Gertrud Bäumer eine Sondermarke herausgibt?
88. Abgeordneter
Dr. Hellige Beabsichtigt die Bundesregierung, Formulare für Postanweisungen und Zahlkarten so zu vereinfachen, daß der Postkunde auf der gleichen Karte die Angaben über Absender, Adressat und Geldbetrag nicht dreimal ausfüllen muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen

89. Abgeordneter
Dr. Ahrens Wie haben sich die Verwaltungskosten bei der Bearbeitung von Anträgen auf Gewährung von Wohngeld entwickelt?
90. Abgeordneter
Dr. Ahrens Hat der verstärkte Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung bei der Bearbeitung von Wohngeldanträgen zu Einsparungen bei den Verwaltungskosten geführt?

91. Abgeordneter
**Freiherr
Ostman
von der Leye** Wann ist mit verstärktem Einsatz von ausländischen Bauunternehmen zu rechnen, die in Fertigbauweise Wohnungen für den sozialen Wohnungsbau um etwa ein Drittel billiger herstellen können, und auf welche Weise kann die Bundesregierung auf die Auftraggeber Einfluß nehmen, damit entsprechend verfahren werden kann?
92. Abgeordneter
**Dr. Arndt
(Hamburg)** Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, der besonders schwierigen Situation alleinstehender Mütter bei der Vergabe von Fördermitteln für den Wohnungsbau bevorzugt Rechnung zu tragen?
93. Abgeordneter
**Dr. Arndt
(Hamburg)** Sieht die Bundesregierung außerdem noch andere Wege, um das Wohnungsproblem für alleinstehende Mütter und ihre Kinder besser als bisher zu lösen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

94. Abgeordneter
Dr. Warnke Beabsichtigt das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, die Bezeichnung „Zonenrandgebiet“ für den 40 km Streifen von Flensburg bis Passau zu ändern?
95. Abgeordneter
Schedl Wenn die Bundesregierung immer noch vom Viermächte-Status für Berlin ausgeht, warum nimmt sie es ohne Widerspruch und entsprechende Schritte hin, daß seit letzter Woche westdeutsche Besucher in Ost-Berlin keine Tagesaufenthaltsgenehmigung mehr, sondern Visa, ausgestellt vom DDR-Außenministerium, erhalten?
96. Abgeordneter
Schedl Als die Bundesregierung die getroffene Berlin-Regelung für zufriedenstellend in dem Sinne erklärte, daß sie als Voraussetzung für das Zustandekommen der Ostverträge anzusehen sei, ist sie davon ausgegangen, daß die vereinbarte Sofortbesuchsregelung für Westberliner nur in einem eingeschränkten Umfang stattfinden solle, wie dies aus einem Interview des Regierenden Bürgermeisters mit der „Zeit“ hervorgeht, und wie verträgt sich diese Interpretation mit der früher geäußerten Definition von zufriedenstellend in diesem Zusammenhang „Eine Vereinbarung über Besuchsregelung wäre nur dann befriedigend, wenn sie Kurzbesuche in Ost-Berlin unter Bedingungen ermöglicht, die den Regelungen für Besuche von Westdeutschen und Ausländern entsprechen“?

97. Abgeordneter
Baier Trifft es zu, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen in einer Besprechung am 27. Januar 1972 den Ländern, um sie für die Einführung neuer Richtlinien mit erhöhten Förderungssätzen zu gewinnen, die Aufstockung der Bundesmittel von 3,471 Millionen DM 1971 auf 5,0 Millionen DM 1972 zusicherte, und daß nunmehr den Ländern mitgeteilt wurde, die Realisierung dieser Aufstockung sei ungewiß, und daß nunmehr vorbereitete Berlinfahrten von Schulklassen und Jugendgruppen ab Mitte des Jahres von den Bewilligungsbehörden der Länder nicht durchgeführt werden können?
98. Abgeordnete
Frau Pieser Wird bei den laufenden Beratungen zur Durchführung der Vereinbarungen zwischen Senat und Ost Berlin wegen der Soforterteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für West-Berliner zum Besuch des Ostsektors von Berlin auch geprüft, wieso die örtlichen Organe der DDR Antragstellern für Aufenthaltsgenehmigungen für West-Berliner zum Besuch der DDR Bearbeitungszeiten von vier bis sechs Wochen angekündigt haben?
99. Abgeordnete
Frau Pieser Ist die Bundesregierung bereit, die Öffentlichkeit über dieses langwierige Bearbeitungsverfahren zu unterrichten, damit West-Berliner, die einen Teil ihres Urlaubs zu einem Besuch in der DDR nutzen wollen, entsprechend planen können?
100. Abgeordneter
Wohlrabe Treffen Meldungen zu, nach denen die Bundesregierung einen weiteren Abbau der Bundespräsenz in Berlin beabsichtigt, indem die drei wichtigsten Referate des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen nach Bonn verlegt werden sollen?
101. Abgeordneter
Wohlrabe Ist die Bundesregierung bereit, den bereits von der Bundesregierung beschlossenen Erlaß über die Aufgaben und Befugnisse des Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin der Öffentlichkeit bekanntzugeben?
102. Abgeordneter
Niegel Trifft die Meldung der Zeitung „Die Welt“ vom 15. Juni 1972 zu, die Referate „Forschung und Wissenschaft in Deutschland“ „menschliche Beziehungen“ und „Berlinreisen“ des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen würden von Berlin nach Bonn verlegt, und wie vereinbart die Bundesregierung — beziehendenfalls — dies mit ihrer Pflicht, zu der sie sich offiziell bekannt hat, die Bindungen zwischen Bund und Land Berlin zu entwickeln, was das Abkommen der Vier Mächte über Berlin ausdrücklich vorsieht?

103. Abgeordneter
Engelsberger Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, die drei wichtigsten Referate der Berlin-Abteilung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen nach Bonn zu verlegen, und wie ist diese Meldung mit den Versicherungen der Bundesregierung in Einklang zu bringen, daß nach einer Ratifizierung der Ostverträge ein weiterer Abbau der Bundespräsenz in Berlin nicht geplant sei?
104. Abgeordneter
Horten Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis von der laufenden Welle der Enteignungen und Umwandlungen von gewerblichem Privateigentum in staatliches Eigentum in der DDR?
105. Abgeordneter
Horten Welches Ausmaß hat die Übernahme sogenannter halbstaatlicher oder privater Betriebe in den letzten Monaten bisher erreicht?
106. Abgeordneter
Gottesleben Welches Ausmaß haben während der letzten Zeit die Enteignungen und Beschränkungen privaten Wohnungseigentums in der DDR erreicht?
107. Abgeordneter
Gottesleben Wie beurteilt die Bundesregierung die bei den Maßnahmen gegen gewerbliches und anderes Privateigentum angewendeten Methoden?
108. Abgeordneter
Reddemann Wie beurteilt die Bundesregierung die angelaufene Kampagne im Gesamtzusammenhang der SED-Enteignungspolitik der Vergangenheit?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

109. Abgeordneter
Lenzer Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung im Rahmen ihrer industriepolitischen Zielsetzung über die zukünftige Zusammenarbeit europäischer Firmen (insbesondere im EWG-Bereich) auf dem Gebiet des Reaktorbbaus, und wie gedenkt sie, den Export von Kernkraftwerken deutscher Firmen zu unterstützen?
110. Abgeordneter
Lenzer Welche Auffassung hat die Bundesregierung über die Förderung der Mietfinanzierung von EDV-Anlagen, und welche Vorstellungen hat sie entsprechend den Ankündigungen im 2. Datenverarbeitungsprogramm in der Zwischenzeit hierzu konkret entwickelt?
111. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann Entsprechen die Beschlüsse des Landes Bremen über die uneingeschränkte Drittelparität an der Bremer Universität den Vorstellungen der Bundesregierung über eine Hochschulordnung?

112. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um Regelungen einer Hochschulordnung zu vermeiden, die im eindeutigen Widerspruch zu ihren eigenen Überlegungen stehen?
113. Abgeordneter
Dr. Göltner Wie bringt die Bundesregierung die Institutionalisierung von bundeswehreigenen Hochschulen mit ihrer Forderung nach der integrierten Gesamthochschule als einzig sinnvolle Organisation des Gesamthochschulbereichs in Einklang?
114. Abgeordneter
Dr. Gleissner Bei welchen Studienbereichen ist schon heute vorausschaubar, daß eine wachsende Überzahl von Akademikern droht, die entweder, entsprechend ihrer Ausbildung, nicht untergebracht werden können oder mit Unterbezahlung rechnen müssen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

115. Abgeordneter
Dr. Schulze-Vorberg Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß der Regierungschef nach der Ablehnung seines Haushalts durch das Parlament in anderen Staaten mit entwickeltem demokratisch-parlamentarischem Bewußtsein unverzüglich zurückzutreten hat und sofortige Neuwahlen fällig sind, und wann gedenkt der Bundeskanzler entsprechend zu verfahren?
116. Abgeordneter
Dr. Althammer Ist der Bundeskanzler bereit, den Satz seiner Rede vor dem Bundesverband der deutschen Industrie am 14. Juni 1972 näher zu erläutern, „es gebe wohl keinen Bereich unserer Wirtschaft und Gesellschaft, in dem noch derartige Produktionsreserven schlummern wie im öffentlichen Dienst“?
117. Abgeordneter
Dr. Althammer Ist der Bundeskanzler der Auffassung, daß die Beamten ihre Pflicht nicht ausreichend erfüllen?
118. Abgeordneter
Dr. Wittmann (München) In welcher Auflage, mit welchen Kosten und aus welchem Titel des Bundespresseamts oder einer anderen Stelle der Bundesregierung wurde die Broschüre „Alfons Bayerl, Der Bürger und sein Recht“ hergestellt, und wird die Bundesregierung in diesem Jahr noch weitere Sonderdrucke dieser Art über Minister und Parlamentarische Staatssekretäre herausbringen?

119. Abgeordneter
Mattick
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, Behörden und Schulen Bayerns über ihren Standpunkt zu den Ostverträgen zu informieren, insbesondere angesichts der Tatsache, daß die bayerische Staatsregierung — wie aus ihren eigenen Veröffentlichungen zu ersehen ist — in Form einer dienstlichen Mitteilung an Behörden und Schulen diesen ihre Bedenken gegen die Ostverträge zur Kenntnis gebracht hat?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

120. Abgeordneter
Storm
- Betrachtet die Bundesregierung die „Empfehlung zur Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern der beiden Länder“ der einschlägigen Konferenzen vom Februar und April 1972 für ausreichend - insbesondere auch zur Behandlung des deutsch-polnischen Verhältnisses in den polnischen Schulbüchern -, und besteht die Absicht, vor Festlegungen bezüglich der Empfehlungen für deutsche Schulbücher und Schulprogramme mit den Kultusministern der Länder Verbindung aufzunehmen, damit nicht bei später geäußerten abweichenden Meinungen der Kultusminister auswärtige Beziehungen belastet werden?
121. Abgeordneter
Dr. Hupka
- Welche Auskunft kann die Bundesregierung über die Gründe erteilen, warum die Zahl der Aussiedler aus den deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße in den ersten fünf Monaten des Jahres 1972 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 1971 um die Hälfte zurückgegangen ist, sodaß bei gleichbleibender Durchschnittsziffer 1972 nur etwa 10 000 bis 12 000 Aussiedler zu uns kommen dürften, während es 1971 über 25 000 gewesen sind?
122. Abgeordneter
Dr. Hupka
- Hat sich die Bundesregierung in den jüngsten Gesprächen mit amtlichen polnischen Stellen Gewißheit darüber verschaffen können, daß die Aussiedlung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße weder quantitativ noch zeitlich limitiert wird?
123. Abgeordneter
**Wagner
(Günzburg)**
- Trifft die Meldung in „Die Welt“ vom 15. Juni 1972 zu, wonach sich deutsche Touristen am deutsch-tschechoslowakischen Grenzübergang Mühlbach einer entwürdigenden Behandlung durch CSSR-Kontrollbeamte unterziehen lassen mußten, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung ggf. zur Vermeidung solcher Vorfälle zu unternehmen?

-
124. Abgeordneter
Matthöfer Hat die Bundesregierung das Ratifizierungsverfahren zum Änderungsvertrag zu Artikel 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut vom 3. August 1959 eingeleitet?
125. Abgeordneter
Matthöfer Wann wird nach Meinung der Bundesregierung das Ratifizierungsverfahren beendet sein?
126. Abgeordneter
Gerlach
(Oberнау) Wie bewertet die Bundesregierung die in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. Juni 1972 wiedergegebene Erklärung des polnischen Außenministers Olszowski vor der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik in Wien, bei der Normalisierung zwischen Warschau und Bonn sei noch eine Reihe von juristischen Fragen zu klären, die z. T. von grundlegender politischer Bedeutung seien, wobei er als Beispiel erwähnte, daß sich Polen nicht mit dem Anspruch der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklären könne, wonach jeder, der in den Grenzen des Deutschen Reichs des Jahres 1937 geboren wurde, ein Recht auf die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland besitze, und beabsichtigt die Bundesregierung, den gesetzgebenden Körperschaften Entwürfe für die Änderung des geltenden deutschen Rechts vorzulegen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

1. Abgeordneter
von Thadden Wird die Gefährdung des Warndtwaldes durch die vermehrte Immission des lothringischen Werks Carlingen zum Gegenstand von Vorstellungen der Bundesregierung bei der französischen Regierung gemacht?

2. Abgeordneter
Biehle Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Bestrebungen der Länder, z. B. Bayern, zur Neugliederung der kommunalen Bereiche im Rahmen der gemeindlichen Gebietsreformen dadurch erschwert, daß sie bei reformfreudigen Gemeinden die für zehn und mehr Jahre bereits genehmigten sowie teilweise schon einige Zeit gewährten Zinsverbilligungen von Darlehen u. a. für Wasserversorgungen und Abwasserbeseitigungen einfach nachträglich auf höchstens fünf Jahre reduziert?

3. Abgeordneter
Biehle Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die nachträgliche Rücknahme von verbindlich langfristig zugesicherten Zuschüssen bzw. Zinsbeihilfen die Haushalte der betroffenen Gemeinden in Unordnung geraten und die Glaubwürdigkeit an Zuschußversicherungen des Bundes ernsthaft in Zweifel gezogen werden?

4. Abgeordneter
Konrad Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Zeitungen und Zeitschriften im Interesse der Verbraucher zu veranlassen, stärker zwischen dem redaktionellen Text und den gelegentlich auch unterschwellig, vielfältigen Formen der Werbung zu unterscheiden?

5. Abgeordneter
Wagner
(Günzburg) Wie viele sowjetische Agenten, die sich vornehmlich mit Industriespionage befaßt hatten, sind in der Bundesrepublik Deutschland seit Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrags enttarnt, und wie viele sind davon abgeschoben worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Wirtschaft und Finanzen**

6. Abgeordneter
Wuwer Teilt die Bundesregierung die Auffassung des ADAC, daß in der Kraftfahrzeug-Vollversicherung (Kaskoversicherung) die Kosten von häufigen Unfallreparaturen eine bessere Grundlage für die Bemessung der Prämien darstellt als die bisher übliche Staffelung nach der Motorleistung des Fahrzeugs?
7. Abgeordneter
Wuwer Wenn ja: Ist die Bundesregierung bereit, einen Antrag von Kraftfahrzeugversicherern an das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen zu unterstützen, wonach künftig die Prämien in der Kaskoversicherung nach dem Unfallreparaturkostenniveau der einzelnen Fahrzeugtypen zu bemessen sind, wie es z. B. der ADAC vorgeschlagen hat, wenn nein: Welche Faktoren sind nach Meinung der Bundesregierung als Basis für die Prämienbemessung in der Kraftfahrzeug-Vollversicherung besser geeignet als die bisher verwendete Motorleistung?
8. Abgeordneter
Varelmann Welche Pläne hat die Bundesregierung, um der sich für einen erheblichen Teil des Jahres in Niedersachsen zeigenden Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu begegnen unter Berücksichtigung des Umstands, daß das Land nicht mehr in der Lage ist, Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen?
9. Abgeordneter
Varelmann Darf man damit rechnen, daß die Bundesregierung auf Grund der erheblichen wirtschaftlichen Schwächen in Niedersachsen und der fehlenden Überbeschäftigung in anderen Gebieten erhöhte Mittel für die wirtschaftliche Förderung zur Verfügung stellt, die an anderen Stellen zur Einsparung gelangen?
10. Abgeordneter
Frehsee Sind der Bundesregierung die Proteste der Hamelner Bevölkerung gegen den Lärm, die Luftverschmutzung und die Verkehrsgefährdung bekannt, die durch die Übungen der in reinem Wohnbereich stationierten Truppeneinheiten verursacht werden?
11. Abgeordneter
Frehsee Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, dazu beizutragen, daß trotz der erforderlichen Rücksichtnahme auf die militärischen Not-

wendigkeiten den Interessen der Hamelner Bevölkerung besser Rechnung getragen wird, eventuell durch Anlegung eines Panzerpfades außerhalb der Wohngebiete sowie durch Beschränkung des Verkehrs von militärischen Kettenfahrzeugen im Stadtbereich auf das unbedingt notwendige Maß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

12. Abgeordneter
von Thadden
- Liegt der Bundesregierung in dem dringenden Problem der Grenzgängerfrage mittlerweile eine Antwort der Regierung Frankreichs vor (meine Fragen B. 26 und 27 in Drucksache VI/3075), und wann ist spätestens mit einer Stellungnahme des französischen Ministers für öffentliche Gesundheit und soziale Sicherheit, Robert Boulin, zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

13. Abgeordneter
Dr. Huys
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Krankenstand des Panzeraufklärungsbataillons Lüneburg 3 im Jahresdurchschnitt bei 30 Prozent liegt und dieser Tatbestand auf Heizungs-, Belüftungs- und Geräuschbelästigung zurückgeführt wird?
14. Abgeordneter
Dr. Huys
- Sind die Arbeiten am Werkstattgebäude des Panzeraufklärungsbataillons 3 in Lüneburg zurückgestellt, um in der Kaserne andere Betreuungseinrichtungen (Hallenschwimmbad) zu bauen, und teilt die Bundesregierung die Meinung, daß der soziale Effekt bei vorrangiger Fertigstellung der Werkshalle erheblich höher gewesen wäre als bei dem bevorzugten Bau des Hallenschwimmbads, bei dem Soldaten im erstgenannten Falle angemessene und dienliche Arbeitsbedingungen geschaffen würden, während im letzten Falle die Annehmlichkeiten sich nur auf wenige dienstfreie Stunden während der Woche beschränken würden?
15. Abgeordneter
**Dr. Jahn
(Braunschweig)**
- Ist die Bundesregierung bereit, die eingestellten Bauarbeiten am Werkstattgebäude des Panzeraufklärungsbataillons 3 Lüneburg noch in diesem Jahr wieder aufzunehmen?

16. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Werkstatt- und Arbeitsbedingungen beim Panzeraufklärungsbataillon 3 Lüneburg in bezug auf die materiellen Voraussetzungen (Reinigungsgrube, Batterieaufladungen, Fahrzeugbewegungen, fehlende Krananlage, mangelhafte Beleuchtung, fehlende Waffenwerkstatt, fehlende Fernmeldewerkstatt) und die personellen Belastungen (Lärm, gesundheitsschädliche Abgase usw.) so kritisch sind, daß die Wartung von rund 250 Fahrzeugen nicht gewährleistet ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

17. Abgeordneter
Kater
- Liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wieviel kieferorthopädische Behandlungen bei Kindern notwendig sind, wie hoch dafür die Kosten sind und wie groß dabei der Anteil der Eltern ist, die nicht in der Lage sind, diese Kosten zu übernehmen?
18. Abgeordneter
Kater
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun bzw. zu veranlassen, um in jenen Fällen, in denen die Übernahme der Kosten für die notwendige kieferorthopädische Behandlung von Kindern den Eltern nicht möglich ist, Abhilfe zu schaffen?
19. Abgeordneter
Zebisch
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung z. Z., um ihre Bemühungen um eine Verständigung zwischen den Jugendlichen unserer westlichen Verbündeten zu ergänzen durch entsprechende Initiativen gegenüber unseren östlichen Nachbarn?
20. Abgeordneter
Lenzer
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV), daß die Diätassistentinnen freiberuflich ambulant tätig werden können und dadurch den Arzt entlasten und seinen Rat ergänzen, sowie die Anregung, daß die Krankenkassen die Kosten der Diätberatung übernehmen, was zu einer Kostensenkung führen könnte, weil dadurch der Heilungsprozeß beschleunigt und ernährungsabhängigen Krankheiten bereits vorbeugend entgegengetreten würde?

**Geschäftsbereiche des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

21. Abgeordneter
Leicht Nachdem nach Auskunft des Straßenverkehrsamts Speyer die B 9 zwischen dem Ortsausgang Lingenfeld und dem Güterbahnhof Gernersheim nunmehr im Juli beginnen soll, frage ich den Bundesverkehrsminister, wann mit dem Bau der so dringend notwendigen Ortsumgehung der B 9 um Lingenfeld zu rechnen ist?
22. Abgeordneter
**Gerlach
(Obernaul)** Welche Terminvorstellungen hat die Bundesregierung für den Ausbau der Maintalstraße Obernburg-Miltenberg (B 469)?
23. Abgeordneter
**Gerlach
(Obernaul)** Gedenkt die Bundesregierung, diese Linie fortzusetzen über Hardheim-Tauberbischofsheim?
24. Abgeordneter
Picard Tritt die Bundesregierung der Auffassung bei, daß die weitaus geringere Zahl von Unfalldoten im Straßenverkehr in den Vereinigten Staaten und England — USA pro 100 Millionen Fahrzeugkilometer 3,3 Verkehrstote, England 3,8 Verkehrstote, Bundesrepublik 7,1 Verkehrstote — auf die Geschwindigkeitsbeschränkung von 112 km pro Stunde zurückzuführen ist?
25. Abgeordneter
Picard Erwägt die Bundesregierung angesichts der oben angeführten Zahlen auch in der Bundesrepublik Deutschland eine durchgehende Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit?
26. Abgeordneter
Dr. Wichert Da aus den Plänen der Deutschen Bundesbahn hervorgeht, daß beabsichtigt ist, zur Entlastung der Nord-Süd-Verbindung [Frankfurt - Hamburg (über Göttingen)] eine sogenannte Oberwesertrasse zum Ausbau vorzuschlagen, die in ihrer Streckenführung über Kassel Göttingen nicht berührt, frage ich, ob diese Pläne mit dem Land Niedersachsen abgestimmt sind, das in seiner Landesplanung den Ausbau der Stadt Göttingen als Oberzentrum für den südniedersächsischen Raum vorsieht, was es m. E. notwendig macht, daß der Anschluß an das Intercitynetz und das geplante Schnellbahnsystem erhalten bleibt?

27. Abgeordneter
Schulte
(Schwäbisch
Gmünd) Ist die Bundesregierung bereit, dem Auftrag des Vorstands der Deutschen Bundesbahn auf Genehmigung der Umstellung der Strecke Heilbronn-Hessental und der Strecke Marbach-Backnang-Caildorf-Hessental auf elektrische Zugbeförderung zuzustimmen?
28. Abgeordneter
Peiter Wann ist damit zu rechnen, daß die geplante Schnellverbindung Köln-Bonn-Rhein/Main gebaut wird, und wird ein Verknüpfungsbahnhof mit der Lahnstrecke im Raum Diez eingeplant?
29. Abgeordneter
Peiter Ist der Bundesverkehrsminister bereit, eine erneute Überprüfung der Frage des zweigleisigen Wiederaufbaus der Lahnstrecke zu veranlassen, weil die auf Teilabschnitten bestehende Eingleisigkeit weiteren Verbesserungen in der Verkehrsbedienung Grenzen setzt?
30. Abgeordneter
Schulte
(Schwäbisch
Gmünd) Welche Geldbeträge sind im Zuge der Autobahnstrecke Heilbronn-Nürnberg in den Jahren 1972, 1973 und 1974 für welche Bauabschnitte auf baden-württembergischem Gebiet vorgesehen?
31. Abgeordneter
Dr. Schwörer Inwieweit gilt angesichts der Kürzungen im Haushalt des Bundesverkehrsministeriums weiterhin die Erklärung des Bundesverkehrsministers, daß kein Meter weniger Straße gebaut werde für den Ausbau der Bundesstraße 27?
32. Abgeordneter
Dr. Schwörer Wie stellt sich der Bundesverkehrsminister bei den ihm auferlegten haushaltsmäßigen Beschränkungen die Möglichkeit für eine Einhaltung der bestehenden Terminvorstellungen für den Ausbau der Bundesstraßen B 28, B 32 und B 463 vor?
33. Abgeordneter
Lenzer Welche konkreten Investitionsmaßnahmen, insbesondere bei Verkehrsbauten, sind durch die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen des Haushalts 1972 in den Landkreisen Wetzlar und Dillenburg betroffen?

34. Abgeordneter
Pfeifer Welche Beträge sind nach den derzeitigen Vorstellungen des Bundesverkehrsministeriums im laufenden Jahr und im Jahr 1973 für die B 27, B 28 und B 312 im Raum Reutlingen/Tübingen vorgesehen, und werden von den neuesten Haushaltskürzungen für diese Straßen vorgesehene Beträge betroffen?

Bonn, den 16. Juni 1972